

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger** der Stadt Burgdorf am **03.06.2010** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

16.WP/SozA/008

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:20 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Morich, Hans-Dieter

Mitglied/Mitglieder

Fleischmann, Michael
Gersemann, Christiane
Gilke, Anette
Lüddecke, Dieter
Obst, Wolfgang
Walter, Klaus-Dieter
Weber, Ulrike
Weilert-Penk, Christa

Beratende/s Mitglied/er

Bindseil, Helga
Ehlers, Elsbeth
Hoffmann-Pilgrim,
Christel
Schulze, P. Michael

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Borrmann, Thomas
Brinkmann, Jan-Hinrich
Kindler, Thies
Lahmann, Jörg
Pape, Petra
Philipps, Lutz

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger am 17.11.2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Bericht über die bevorstehenden Behinderten- und Seniorenfahrten
5. Bericht über die Arbeit der Schuldnerberatung des Diakonieverbandes Hannover-Land - Frau Heddergott
6. 2. Sachstandsbericht zum Thema "Selbstbestimmt Leben im Alter"
Vorlage: 2010 0747
7. Seniorenbegegnungsstätte Herbstfreuden - Neuer Vertrag mit DRK-Ortsverein Burgdorf
Vorlage: 2010 0752
8. Aktiv-Pass für die Stadt Burgdorf
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.09.2009
Vorlage: 2010 0751
9. Anfragen lt. Geschäftsordnung
10. Anregungen an die Verwaltung
11. Verabschiedung von Frau Bindseil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung wurde in einer Schweigeminute der Verstorbenen, Frau Gertrud Mrowka, gedacht.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung. Er stelle die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde mit dem Punkt 11. – Verabschiedung von Frau Bindseil - einvernehmlich durch den Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger erweitert.

Aufgrund des Ausscheidens von Frau Stefanie Rück aus dem Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger musste der Ausschuss eine neue stellvertretende Vorsitzende wählen.

Auf Vorschlag wurde Frau Weilert-Penk von den Mitgliedern des Ausschusses einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger am 17.11.2009

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Pape berichtete, dass das Bündnis für Familien nun online sei.

4. Bericht über die bevorstehenden Behinderten- und Seniorenfahrten

Herr Borrmann berichtete über die bevorstehenden Behinderten- und Seniorenfahrten.

Die diesjährige Behindertenfahrt soll am 04.08.2010 an das Steinhuder Meer führen. In dem Restaurant "Strandterrassen" in Steinhude sind alle Voraussetzungen, wie ein behindertengerechtes WC und auch ein behindertengerechter Zugang, vorhanden. Es wird mit insgesamt ca. 90 Teilnehmerinnen/Teilnehmern gerechnet. Der Preis pro Kaffeegedeck im Restaurant "Strandterrassen" bewegt sich im Rahmen von 6,00 € bis 6,50 €. Die Gesamtkosten für die Behindertenfahrt werden sich auf ca. 1.450,00 € belaufen; ein Teilnehmerbeitrag wird nicht erhoben.

Die Seniorenfahrten sollen am 07.09. und 09.09.2010 durchgeführt werden. Als Ziel für die Seniorenfahrten ist das Hoffmannhaus in Fallersleben geplant. In unmittelbarer Nähe befindet sich der Schlosspark und eine kleine Geschäftsstraße. Das Hoffmann-von-Fallersleben-Museum befindet sich im Schlosspark. Der Eintritt für das Museum ist frei.

An beiden Tagen der Seniorenfahrt werden erfahrungsgemäß ca. 300 Personen teilnehmen.

Eine ausführliche Information der Fahrten mit zeitlichem Ablauf befindet sich als Anlage zum Protokoll.

Frau Weilert-Penk äußerte, dass die Fahrten schon seit Jahrzehnten durchgeführt würden und von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder nach den Fahrten gefragt werde. Die Fahrten sollten auch weiterhin stattfinden.

Herr Obst meinte, dass man sich hierüber immer einig gewesen sei und dass eine Verpflichtung gegenüber älteren und behinderten Menschen bestünde.

Frau Bindseil bedankte sich beim Ausschuss für die Unterstützung der Fahrten. Die Behindertenfahrt habe weit über fünfzig Mal stattgefunden und sie habe die Fahrt letztmalig mit organisiert. Sie bat darum, die Behindertenfahrt auch in Zukunft stattfinden zu lassen.

5. **Bericht über die Arbeit der Schuldnerberatung des Diakonieverbandes Hannover-Land - Frau Heddergott**

Frau Heddergott berichtete über die Arbeit der Schuldnerberatung des Diakonieverbandes Hannover Land. Sie führte auf, dass im Jahr 2009 für den Bereich Burgdorf, Lehrte, Sehnde und Uetze in insgesamt 384 Fällen Beratungen stattgefunden haben. Von diesen 384 Personen seien 82 Personen unter 30 Jahre und 26 Personen über 60 Jahre alt gewesen. Die Tendenz bei den Personen unter 30 Jahre sei steigend. Von der gesamten Personenzahl seien 101 Personen geschieden und 129 Personen suchten die Beratung aufgrund von Arbeitslosigkeit auf. 7 Personen würden Grundsicherung und 140 Personen Arbeitslosengeld II beziehen. 59,11 % der zu beratenden Personen hätten ein Einkommen unter 1.000,00 €. Die Nachfrage nach Beratung steige stetig und der Beratungs- und Betreuungsaufwand sei sehr hoch. Einige Gründe für die Überschuldung seien gescheiterte Selbstständigkeit, Scheidung sowie finanzielle Krisen. Dies seien Gründe, die jeden treffen könnten. Häufig würden Miet- und Energieschulden auftreten.

Die durchgeführten Beratungen beinhalten u.a. folgende Punkte:

- Haushaltsberatung
- Sicherung der Existenz
- Hilfen zur Selbsthilfe
- Informationen zum Schuldnerschutz
- Unterstützung bei der Korrespondenz mit Gläubigern
- Forderungsüberprüfung
- Gespräche über Gründe, die zur Überschuldung führten
- Lösungsmodelle der Entschuldung
- Hilfe bei der Antragstellung zum Insolvenzverfahren und begleitende Beratung im Verfahren
- Vorbeugende Beratung

Solche Beratungen können über Jahre andauern.

Die Probleme seien überzogene Konten bzw. manchmal sei gar kein Konto vorhanden. Die Gebühren der Banken würden ebenfalls stetig ansteigen. Es gebe Kontopfändungen ohne Ende. Hier müsse schnell reagiert und gezeigt werden, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Durch eine neue Reform werde es bei den Banken ein Pfändungsschutzkonto geben, bei dem das Guthaben bis zu einem bestimmten Freibetrag geschützt sei. Hier hoffe man auf eine unproblematische Umsetzung.

Im Anschluss verteilte Frau Heddergott eine Informationsvorlage der Schuldnerberatung an die Mitglieder des Ausschusses.

Der Ausschuss diskutierte über die Arbeit der Schuldnerberatung; einzelne Nachfragen wurden von Frau Heddergott beantwortet.

Herr Morich bedankte sich bei Frau Heddergott für den umfassenden Bericht.

6. 2. Sachstandsbericht zum Thema "Selbstbestimmt Leben im Alter"
Vorlage: 2010 0747

Herr Brinkmann erläuterte den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger die Vorlage Nr. 2010 0747.

Herr Obst fragte nach, wie die aktuelle Lage sei und ob Burgdorf den Pflegestützpunkt bekommen werde.

Herr Brinkmann antwortete darauf, dass die Vorlage den aktuellen Sachstand darstelle. Das Problem sei, dass sich schon nach der nächsten Sitzung der Lenkungsgruppe "Pflegestützpunkt" bei der Region ein völlig veränderter Sachstand ergeben könne.

Herr Obst fragte, bis wann mit einem Ergebnis zu rechnen sei und ob die Begegnungsstätte "Herbstfreuden" Pflegestützpunkt werde.

Herr Brinkmann sagte, dass ein Pflegestützpunkt bis zum 30.06.2011 in Betrieb genommen werden müsse, sofern man die einmalige Anschubfinanzierung erhalten möchte.

Frau Weilert-Penk äußerte, dass ein Pflegestützpunkt wichtig und notwendig für Burgdorf sei. Sie würde sich wünschen, dass Burgdorf auch Hauptstützpunkt werden würde.

Herr Lüddecke unterstützte dieses auch, jedoch hänge vieles vom Konzept der Region Hannover ab. Entweder würden 6 Pflegestützpunkte in der Region eingerichtet oder 21. Hierüber gebe es jedoch nichts Konkretes und man müsse abwarten.

Herr Baxmann bestätigte dieses und führte an, dass die Pflegekassen den Handlungsspielraum jedoch einschränken würden. Burgdorf sei an dem Modell interessiert, einen Pflegestützpunkt für das Burgdorfer Land zu erhalten. Wenn es also gelinge, mehr als eine Außenstelle zu bekommen, würde diese sehr gerne genommen.

Frau Bindseil wies darauf hin, dass die Stadt Lehrte ebenfalls Hauptstützpunkt werden wolle.

Herr Büttner betonte, dass mit einem Pflegestützpunkt eine zentrale Funktion mit künftig immer stärker werdender Bedeutung angesiedelt werden könne. Er empfahl hinsichtlich der Personalfrage eine enge Zusammenarbeit mit der Gemeinde Uetze.

Herr Morich äußerte, dass ein Pflegestützpunkt eine Qualitätsverbesserung für Burgdorf sei.

Herr Brinkmann merkte an, dass die finanzielle Unterstützung seitens der Pflegekassen sehr eng bemessen sei und dass möglicherweise von der Stadt zusätzliche finanzielle Leistungen zu erbringen seien.

Herr Baxmann unterstützte die Bemühungen der Stadt für einen Pflegestützpunkt.

Herr Morich ließ über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger sprechen sich einstimmig dafür aus, dass sich die Verwaltung (weiterhin) intensiv dafür einsetzen möge, dass Burgdorf Haupt-Standort eines Pflegestützpunktes wird.

7. Seniorenbegegnungsstätte Herbstfreuden - Neuer Vertrag mit DRK-Ortsverein Burgdorf Vorlage: 2010 0752

Herr Philipps erläuterte den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger die Vorlage Nr. 2010 0752.

Herr Lüddecke äußerte, dass dieses in der FDP-Fraktion schon diskutiert wurde und dies ein schlüssiges Konzept sei, dem er nur zustimmen könne.

Herr Obst sagte, dass die räumliche Angliederung des Pflegestützpunktes an die Begegnungsstätte "Herbstfreuden" in der CDU-Fraktion ausführlich diskutiert wurde. Es sei sehr gut, dass das DRK die Begegnungsstätte renovieren und stärker beleben wolle.

Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Büttner erklärte, seines Erachtens sei nicht hinreichend über alternative Betreiber bzw. Betriebsformen nachgedacht worden.

Herr Baxmann stellte klar, dass man jetzt gegenüber der Region ein Signal bezüglich des Pflegestützpunktes setzen wolle. Dies werde mit dem jetzigen Konzept und der vertraglichen Absicherung der hierfür benötigten Räumlichkeiten erfüllt.

Des Weiteren wurde die Betriebsführung durch den DRK-Ortsverein bereits lang und breit durchdiskutiert und keine andere Organisation habe sich bereit erklärt, dies zu machen. Bei dem Gespräch mit den Wohlfahrtsverbänden, dem Bündnis für Familien und dem Seniorenrat wurde vereinbart, dass eine angemessene Nutzung gewährleistet sein und hierfür ein Benutzungsplan aufgestellt werden müsse. Die Stunden für die Benutzung können jedoch nicht vertraglich festgeschrieben werden. Hier müssen alle an einem Strick ziehen.

Das Angebot des DRK sollte angenommen werden.

Herr Schulze verwies auf die gemeinsamen Gespräche und äußerte, dass es sinnvoll sei, die Begegnungsstätte gemeinsam zu nutzen.

Herr Fleischmann äußerte, dass das DRK den "Hut aufbehalten" solle und er der Vorlage zustimmen werde.

Frau Weilert-Penk sagte, dass das DRK immer gute Arbeit geleistet habe und diese auch weiterhin leistet. Die Verträge sind jedoch aus dem Jahr 1979 und das DRK sei verpflichtet, auch anderen Wohlfahrtsverbänden die Begeg-

nungsstätte zu überlassen. Es solle überlegt werden, eine weitere Sitzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger einzuberufen.

Herr Baxmann entgegnete, dass evtl. auftretende Konflikte durch eine Clearingstelle gelöst und der Stadt das Letztentscheidungsrecht eingeräumt werden solle.

Frau Gersemann erläuterte, dass die Fraktionsvorsitzenden bereits einen Ortstermin durchgeführt haben. Aus ihrer Sicht sollte der Ausschuss noch weiter beraten, da sichergestellt sein muss, dass andere Vereine und Verbände die Begegnungsstätte kostenfrei nutzen können. Des Weiteren bat sie zu überlegen, der Begegnungsstätte einen neuen Namen zu geben.

Frau Bindseil entgegnete, dass der Name "Herbstfreuden" so bleiben solle. Der jetzige Name wurde von Senioren so beschlossen. Weiterhin stellte sie klar, dass niemand in den letzten 30 Jahren bezüglich der Benutzung als Bittsteller auftreten musste.

Herr Philipps äußerte, dass die Angelegenheit dringlich sei, weil das DRK zum einen beim Toto-Lotto-Vergabeausschuss einen Zuschussantrag stellen wolle und zum anderen erst Rechtssicherheit über den Betrieb der Begegnungsstätte haben möchte, bevor sie mit den Renovierungsarbeiten beginne. Er stellte klar, dass die Stadt nicht nur die Nebenkosten zahlt, sondern auch die Möglichkeit habe, die Nutzung für andere Organisationen zu gewährleisten.

Frau Hoffmann-Pilgrim bat im Namen der Arbeiterwohlfahrt, ein neues Treffen zu organisieren.

Herr Baxmann sagte, dass dies kein Problem sei. Er bat, die Bedenken zurückzustellen und plädierte für eine heutige Entscheidung im beiderseitigen Interesse.

Herr Lüddecke äußerte, dass hier nichts Neues auf dem Tisch läge. Kein anderer Träger sei in der Lage, diese Summe zu investieren. Man hätte die Rechtssicherheit, dass die Renovierungen in den Sommerferien durchgeführt werden. Er bat, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Die Entscheidung würde dann im Verwaltungsausschuss fallen.

Frau Weilert-Penk äußerte, dass Frau Bindseil dort gute Arbeit geleistet habe. Wirtschaftlich sei die Stadt nicht in der Lage, die Begegnungsstätte zu betreiben und das DRK solle dies weiterhin tun. Es müsse jedoch geregelt werden, dass die Überlassung der Räumlichkeiten für andere Wohlfahrtsverbände grundsätzlich kostenfrei sei.

Weiterhin müsse geregelt werden, dass die Räumlichkeiten auch außerhalb der vom DRK geplanten Öffnungszeiten von anderen Organisationen genutzt werden können und wer einen Schlüssel erhält. Es müsse daher ein Benutzerplan aufgestellt werden. Über freie Kapazitäten müsse auch kurzfristig verfügt werden können.

Das Hausrecht beansprucht das DRK; es müsse jedoch klar sein, dass der jeweilige Veranstalter für seine Veranstaltung das Hausrecht ausüben kann bzw. muss. Die Gruppen, Verbände und Organisationen, die die Räumlichkeiten in der Begegnungsstätte nutzen wollen, müssen auch das Catering (Verpflegung und Getränke) für ihre Veranstaltung organisieren.

Dem Beschlussvorschlag wurde vom Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehenden Beschluss zu fassen.**
- 2. Der Verwaltungsausschuss beauftragt den Bürgermeister, mit dem Ortsverein Burgdorf des Deutschen Roten Kreuzes eine Nutzungsvereinbarung über die Räumlichkeiten Wilhelmstraße 1b, 31303 Burgdorf, zum Betrieb der Seniorenbegegnungsstätte „Herbstfreuden“ über eine Laufzeit von mindestens 15 Jahren abzuschließen mit der Maßgabe der Sicherung eines Rechtes zur Nutzung von Räumen durch die Stadt Burgdorf zur eventuellen Einrichtung eines Pflegestützpunktes.**

**8. Aktiv-Pass für die Stadt Burgdorf
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.09.2009
Vorlage: 2010 0751**

Frau Gersemann führte zum Antrag der SPD-Fraktion aus, dass der Aktiv-Pass vom Grundsatz so gerecht wie möglich und so einfach wie nötig sein soll. Dieser solle nur für Burgdorf gelten und keine Einbeziehung von Förderprogrammen in Hannover beinhalten. Die Obergrenze für den Aktiv-Pass soll 30.000,00 € betragen. Hauptaugenmerk solle auf Kindern und Jugendlichen liegen, damit diese nicht von Aktivitäten ausgeschlossen werden.

Frau Gersemann bat die Verwaltung zu prüfen, ob zu dem Kreis der Personen, die den Burgdorf-Aktiv-Pass erhalten sollen, auch der Personenkreis der Wohngeldbezieher (ca. 800 Personen) mit hinzugenommen werden könne. Dies hänge im Wesentlichen von den finanziellen Auswirkungen ab. Sie betonte, dass der vorhandene Familien-Pass nicht aufgehoben werden solle, da hier ein anderer Personenkreis betroffen sein könne. Bei der VHS Ostkreis Hannover sowie der Musikschule sollte bei Vorlage des Aktiv-Passes eine Ermäßigung auf 50 % angestrebt werden. Darüber hinaus sollte bei der Stadtbücherei die Ermäßigung von 50 % auf den gesamten Personenkreis des Aktiv-Passes ausgeweitet werden.

Frau Gersemann bat die Verwaltung zu prüfen, welche Ermäßigungen das Theater für Niedersachsen / der VVV gewähren, denn auch hier sollte eine Regelung gefunden werden, die Eintrittsgelder auf 50 % zu reduzieren. Im Bereich Freizeit und Sport lege die SPD-Fraktion großen Wert darauf, dass die Benutzung der Bäder wie bisher mit 50 % Nachlass für den gesamten zu fördernden Personenkreis möglich sei. Außerdem regte Frau Gersemann an, die Sportvereine um eine Aufstellung der Mitgliedsbeiträge zu bitten, um evtl. schon praktizierte Ermäßigungen mit in die Kalkulation der Verwaltung einfließen zu lassen. Abschließend unterstrich Frau Gersemann, dass ein Schwerpunkt des Aktiv-Passes die Förderung einer Vereinsmitgliedschaft für Kinder des betroffenen Personenkreises sein müsse.

Herr Fleischmann äußerte, dass der Antrag von der Linkspartei unterstützt würde, jedoch vom Antrag der Linkspartei für einen Burgdorf-Pass nur der eine Punkt für die Vergünstigung im Schwimmbad übernommen wurde. In

den Aktiv-Pass müssen die Punkte

- Essensgeld in Kitas streichen
- Sozialtarife für Strom und Gas

mit aufgenommen werden. Der Antrag der SPD-Fraktion sei jedoch ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Herr Lüddecke meinte, dass, wenn Familienpass und Aktiv-Pass nebeneinander laufen, nächstes Jahr der Betrag von 30.000,00 € nicht ausreichen würde.

Frau Gersemann sagte, dass 30.000,00 € nicht viel seien. Die Verwaltung solle prüfen, wenn man Wohngeldbezieher mit einbeziehen würde, welche Kosten dann entstehen.

Herr Baxmann betonte, dass ein Betrag über 30.000,00 € nicht darstellbar sei. Man müsse sinnvoll prüfen, bei welchen Gruppen welcher Förderungsansatz bestehe. Wenn der Topf leer sei, bestünden keine Ansprüche mehr. Es wäre sinnvoll, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden, die sich nochmals mit dem Thema auseinandersetzt und Empfehlungen erarbeitet.

Herr Obst sagte, dass es der richtige Weg sei, wie von Herrn Baxmann geäußert, nicht über 30.000,00 € zu gehen. Es müssen zum einen der Personenkreis und zum anderen die Vergünstigungen bestimmt sein.

Herr Philipps erwähnte, dass der mögliche Personenkreis in der Vorlage aufgeführt sei und ebenso, welche Hilfen dieser schon erhalte. Für den Aktiv-Pass müsse man sehen, wo hier Lücken seien und welcher Personenkreis bisher von den Vergünstigungen ausgenommen sei. Er gab zu bedenken, dass die finanziellen Auswirkungen nicht mehr steuerbar seien, wenn eine Karte an alle Anspruchsberechtigten ausgegeben ist.

Herr Morich äußerte, so zu verfahren, wie von Herrn Baxmann ausgeführt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitarbeiter empfiehlt einstimmig, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden, die nach Vorlage weiterer Daten durch die Verwaltung für die weitere Beratung und Entscheidung eine Empfehlung für die konkrete Ausgestaltung des Aktiv-Passes (wie Personenkreis der Berechtigten, Katalog der Leistungen, Anspruchsvoraussetzungen, Anspruchshöhe usw.) erarbeitet.

9. Anfragen lt. Geschäftsordnung

- keine -

10. Anregungen an die Verwaltung

Herr Morich regte an, wenn in den nächsten 5 – 10 Jahren ein neues Baugebiet in Burgdorf entstehen sollte, dann eine Straße nach Frau Gertrud Mrowka zu benennen.

11. Verabschiedung von Frau Bindseil

Frau Bindseil wurde vom Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger verabschiedet.

Herr Baxmann, Herr Schulze, Frau Weilert-Penk im Namen der SPD-Fraktion, Herr Obst im Namen der CDU-Fraktion und Herr Morich bedankten sich bei Frau Bindseil für mehr als 40-jährige Zugehörigkeit zum Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger und für ihr großes soziales Engagement auch außerhalb des Ausschusses.

Gewürdigt wurde ihre Zähigkeit, Beharrlichkeit, Ausdauer und Beredsamkeit, mit der sie für Ziele des DRK, wie den Aufbau der Sozialstation, eingetreten sei.

Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin meldete sich zu Wort und bat darum, die Bezieher von Wohngeld in den Aktiv-Pass mit einzubeziehen. Als Grund dafür führte sie auf, dass das bei manchen Bürgerinnen und Bürgern gewährte Wohngeld nur unwesentlich höher sei, als die Grundsicherungsleistungen, aber dadurch keine Befreiung der GEZ-Gebühren mehr haben.

Sie selbst bekäme eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit und einen Zuschuss in Höhe von 10,00 € Wohngeld.

Der Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger nahm dies zur Kenntnis.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführer